

Volkswacht

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.

Telegraphen-Adresse: Volkswacht Halle.

Netto: für Halle und Red.

Nr. 36.

Halle a. S., Freitag den 12. Februar 1892.

3. Jahrg.

Arbeiter! Genossen! Denkt an den Boykott! Meidet das hiesige Bier!

Die Arbeiterbewegung der Schweiz.

Zwischen dem ganzen Entwicklungsgange der Organisation und dem Charakter der Arbeiterbewegung in Deutschland und in der Schweiz sind wesentliche, ja grundsätzliche Unterschiede vorhanden. Ein Unterschied tritt auch zu Tage in der Kampfesart und dürfte die Ursache dieser Erscheinungen wohl in der völligen Verschiedenheit der Elemente zu suchen sein, welche in den beiden Ländern ausgesprochen fortschrittlichen Ideen huldigen. Aus diesem Umstande entspringen folgerichtig alle anderen Unterschiede. Sehr schwer fällt hierbei in der Schweiz die politische Verfassung. Während in der Schweiz in der Gesetzgebung in direkter Weise vom Volke, von der Arbeiterschaft eingegriffen werden kann, steht in Deutschland die ohnehin schon durch eine unverhältnismäßig geringe Vertretung im gesetzgebenden Körper geschwächte Arbeiterpartei der Legislative machtlos gegenüber. Keine Volksinitiative, kein Referendum bietet den deutschen Arbeitern eine Handhabe, um ihre Wünsche geltend zu machen; sie sind einzig und allein auf ihre Vertretung im Reichstage angewiesen, und diese ist in ihrer Minderheit zu schwach, um spezifisch sozialdemokratischen Forderungen mit Erfolg Gehör zu verschaffen. Dies ist nun zwar schieflich auch in der Schweiz der Fall. Allein dort ist doch die Aussicht vorhanden, allmählich sozialdemokratische Postulate auf Grund der Verfassung durchzusetzen.

Die meisten der schweizerischen Arbeiterorganisationen gehören dem schweizerischen Arbeiterbund an und dieser wird häufig als eine demokratisch-sozialistische Organisation betrachtet. Allen dieser Verbände gehören die verschiedenartigen Elemente als Mitglieder an: Sozialdemokraten, Demokraten, Radikalen und ein paar Jesuitenherren. Der Haß nach überwiegen die Demokraten bei weitem. Die ausgebreitetste Organisation in der Schweiz ist der Christverein. Er soll einen ausgeprägten sozialistischen Charakter tragen. In Wirklichkeit ist dies aber doch nur der Fall bei den nord- und ostschweizerischen und teilweise bei den westschweizerischen Sektionen. Die Sektionen der Innerschweiz haben oft recht konservative und reaktionäre Anwandlungen. Nur innerschweizerischen Sektionen ist die Anregung, keine Ausländer mehr aufzunehmen, schon wiederholt ausgegangen, und gewöhnlich von anderen Sektionen unterstützt worden. So ist beispielsweise auch dem Christverein in Luzern die Sozialdemokratie ein Groll, während andererseits wieder ganz Sektionen des Christvereins der sozialdemokratischen Partei angehören oder doch mit derselben Hand in Hand gehen. In der Westschweiz ist es nun zwar dem Haupttheile nach auch sozialistisch gesinnt, aber es treten dort noch so oft lokale Interessen in den Vordergrund, welche oft gemeinschaftliches Arbeiten unmöglich machen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß in schweizerischen Christvereinen die verschiedenartigsten Elemente vereint sind. Das hiesige Organ der Partei, der „Christianer“, steht, wenn hier und da auch etwas mehr links, doch

so ziemlich in der Mitte. Es ist bemerkenswert, daß das Blatt letzten erklärte, daß es sozialdemokratischen Ideen huldige. Hürsch, der Sig des Organs und des Arbeitersekretariats, nimmt sicherlich nicht mehr die entscheidende und erste Stellung in der Arbeiterbewegung der Schweiz ein, wie noch vor einigen Jahren. Denn, der Sig des sozialdemokratischen Komitees, hat Jährig überflüssig, es hat eine rührige und zielbewußte Arbeitermasse gewonnen und es zeigt sich dort der Segen eines ausgeprägten kräftigen Volkseifers, der die Individualität sich prächtig entwickeln läßt. Die letzte Stelle unter den drei wichtigen Stützen der deutschen Schweiz nimmt bezüglich der Bewegung Jabel ein — daselbst ist die Arbeiterbewegung zu fluktuierend. Deswegen wurde die Stadt für würdig befunden, von Reuehr ab vorort der sozialdemokratischen Partei zu sein. In anbetragt der zwar kleinen, aber aus Kerntuppen bestehenden Totalorganisation Basel's darf diese Wahl als eine vortreffliche bezeichnet werden. Die Arbeiterpresse der Schweiz trägt ganz den Charakter der Bewegung überhaupt, nur mit dem Unterschiede, daß gar zu konservative Schichten, wie sie oft einzelne Sektionen haben, sich in der Presse nicht bemerkbar machen. Innerhalb bleibt auch hier manches zu wünschen übrig. Den entscheidenden sozialdemokratischen Charakter tragen der schweizerische „Sozialdemokrat“, der „Arbeiterfreund“ und die „Arbeiterstimme“. Der „Arbeiterfreund“ ist besonders seiner ruhigen und sachlichen, aber auch entschiedenen Sprache wegen sehr gern gelesen, und die Lage des Blattes verbessert sich von Quartal zu Quartal. Das „Christianer“ jährlich einige tausend Franks Ueberfluß abwirft, sei hier als erfreuliche Ausnahmeerscheinung angeführt.

Wichtig für die Bewegung, besonders in Basel, Zürich und St. Gallen, sind auch die in der Schweiz wohnenden deutschen Arbeiter, und zu den Erfolgen tragen sie wohl auch einen kleinen Teil indirekt bei. Es kann nicht bestritten werden, daß ihre Vertretung mit den inländischen Organisationen für diese von großer Wirkung war; vor allem kam frischer Geist in die Bewegung. Diese ist mit vortrefflicher Führerschaft versehen. Vor allen sind es Steh in Bern und Baslerlegen in Basel, welche sich durch Rauterkeit der Stimmung und treue und unentwegte Benennung auszeichnen. Max, s. J. Abjunkt am Arbeitersekretariat, hat im Dienste unserer Sache seine Gesundheit geopfert. Man darf das wohl ausdrücken, ohne Personentum zu treiben — es ist nur billig, wenn wir der Treue und Loyalität Anerkennung sollen. Der Bewegung schärfen sich immer mehr und mehr die Arbeiter an, deren Forderungen immer bestimmtere Form annehmen, und da und dort sind auch schon kleine Erfolge zu verzeichnen (bei dem Postulat der Nichtwahlben durch das Volk gingen die Basler Sozialdemokraten voran). Der Parteitag in Olten hat deutlich gezeigt, daß bereits ein zwar kleines, aber wohlbesetztes, sozialdemokratisches Heerlager da ist.

Deutscher Reichstag.

167. Sitzung vom 9. Februar, 2 Uhr.
Fortsetzung der Etatsberatung beim Kapitel Reichsversicherungsamt.
Abg. Köstke (libl.) spricht sich für die sozialdemokratischen Forderungen (Ker und Gen.) aus; es sei gleichgültig, wer die Rechte während der Karentzeit zu zahlen habe, ob die Krankenkassen oder die Berufsgenossenschaften; der Antrag gehe aber noch nicht weit genug, weil er die Ausübung des Gesetzes auf das Handwerk nicht enthalte, und deshalb könne er auch für den Antrag Wölter. Die Angaben des Abg. Grünberger über rüchthändige Retur und Arbeiterunfallfrühlichkeit der Berufsgenossenschaften seien nicht zutreffend.
Reher geht dann auf die einzelnen Fälle, auch die von dem Abg. Dr. Hirsch zur Sprache gebrachten, ein. Eine wesentliche Verminderung der Unfälle sei durch die Unfallversicherungsversicherungen bisher namentlich zu konstatieren wegen der Kürze der Zeit.
Bezüglich des Qualifikations- und Altersversicherungsgesetzes müsse man zugeben, daß auf andere Weise mit so geringen Beiträgen kaum soviel, wie gewünscht, erreicht werden könnte. Die Klagen über zu große Belastung durch das Gesetz seien übertrieben. Mängel ergeben sich bei jedem Gesetz, darum sei aber nicht sofort eine Abänderung nötig.
Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Eine Ungleichheit liege nicht in der Zumuth von Stellvertretern zu dem Reichsversicherungsamt, wenn auch nicht genau nach dem § 67 des Gesetzes gehandelt sei. Zu der gefälligen Bemerkung des Abg. Hirsch, als ob er, der Minister, für die Ehrenmitleidigkeit bei der Sozialdemokratie fanibiere, glaube er, daß diese sich die Sache noch überlegen werde; übrigens sehe sie als weniger Sünden dem Gesetz jetzt freundlich gegenüber. (Große Heiterkeit.) Mit dem Gesetze sei man im Lande im allgemeinen zufrieden, es werde sojettlich bald ungetriebene Anerkennung finden. (Beifall rechts.)

Abg. Schraber (freil.) beklagt die hohen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften, die einer Verminderung bedürften. Ebenso müsse das Reichsversicherungsamt entlastet werden durch eine andere Organisation derselben. Man habe die Kapitalbindung der kleinen Rentenempfänger vorgeschlagen, was aber nach dem Gesetze nicht möglich sei. Er gebe dem Wölter'schen Antrage vor dem Kurieren den Vorzug. Das das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz betreffe, so habe daselbe Unzulänglichkeiten, die durch Resierungen nur noch vermehrt würden. Die Quantitätsminderlichkeit ergäbe sich noch später aus der Aufhebung der Karten.
Abg. Dr. Hartmann (son.) wendet sich gegen den Antrag Ker, wünscht jedoch in bezug auf die Wahlen der nichtständigen Mitglieder der Versicherungsämter schon jetzt eine Regelung vorgenommen zu sehen.
Abg. Sturm (so.) wiederholt, daß die Eintragung des Datums auf die Karten gleichgültig sei und die Eintragung von Arbeitslosen gleichfalls. Reher tabelte, daß die Berufsgenossenschaften vielfach die Kosten auf die Arbeiter abwälzen würden, während das noch keineswegs 93 Prozent sämtlicher Unfälle innerhalb der Karentzeit verfallen.

Der Antrag Ker wird abgelehnt, der Antrag Wölter angenommen; ebenso werden die zur Debatte stehenden Etatsabschnitte beantragt.
Schließliche Sitzung Mittwoch 2 Uhr; Gesetz betr. Einziehung der Altersrenten, Reichsfinanz, Einl.
Abg. Hirsch, 5 1/2 Uhr.

168. Sitzung vom 10. Februar 1892, nachm. 2 Uhr.
Das Haus genehmigte zunächst in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Vereinfachung der Reichsrenten, sodann die Debatte.
Es folgt darauf die Beratung des Entw. der Eisenbahnverwaltung, auf eine Anfrage des Abg. Dr. Dingens (Cent.) erklärt Minister Tüchler als Chef der Reichsrentenverwaltung, daß nach seiner

Stefan vom Grillenbof.

„Stefan!“ rief der andere in farrem Erkennen. „Aber das kommt ganz unerwartet, und es war doch niemals Deine Absicht.“
„Es ist jetzt mein fester Entschluß.“
„Du warst doch immer mit Deinem Stande zufrieden, niemals wolltest Du über ihn hinaus.“
„Ach, ich wußte auch noch nicht, daß man mich mißhandeln dürfte, weil ich diesem Stande angehöre, ich wußte nicht, daß alles, was ich thue, keinen Wert hat, daß ich niemals den Gehörten mich gleichstellen dürfte, so lange ich nur ein Sägemüller, ein Arbeiter bin.“ Er sprang jetzt auf, wie von einer inneren Erregung getrieben. „Aber ich will ihnen gleich sein, ganz gleich, ich will mich nicht von ihnen verachten lassen!“ Er stampfte mit dem Fuß auf den Boden. „So fühle mich so gut wie sie, und besser wie sie. So fühle Kraft und Mut und auch Gehör in mir, und ich will arbeiten, und lernen will ich, lernen, lernen, bis ich mein Ziel erreicht habe!“ Er ging mit großen Schritten im Zimmer auf und nieder.
„Franz sah bestunnt nach ihm hin. „So wußte es ja, daß mit Dir etwas vorgegangen war. Du erschienst mir gleich wie verführt, Du, der immer so ruhig und so glänzlich war.“
„Bist du ich es nicht mehr!“
„Weil der Ehrgiz über Dich gekommen ist, — oder nicht?“
„Stefan stellte sich vor den Freund. „Gut, ja, er ist über mich gekommen, aber bist Du nicht auch ehrgizig? Wenn Du nein sagst, so ist es nur, weil Du Dir es selbst nicht eingestehen willst; oder glaubst Du, ich wisse es nicht, wie es Dich drängt, aus den engen Banden herauszukommen, wie

Du dürftest nach Bildung, nach freierer Entfaltung, nach der völligen Erkenntnis des Schönen? Und wenn Du zugegonnen bist, für immer das Handwerk zu wählen und ewig in diesem Riste zu sitzen, so wirst Du noch zehnmal glücklicher sein als ich, denn für Dich giebt es nur zweierlei, entweder verdammt Du, oder Du schwingst Dich bis zur Höhe der Kunst hinauf!“
„Franz sah mit seinen milden Augen, wie titend, zu dem ungeschlimmten Sprecher auf. „Aber, Stefan, Du weißt nicht, was Du sprichst; mein höchster Ehrgiz ist, meine Mutter glücklich zu machen, und auf welche Weise das auch geschehen mag, ich werde dann zufrieden mit mir sein.“
„Waglich, ich weiß es nicht. Du hast eben jemand, für den Du zu sorgen hast und der Dich liebt; ich habe niemand. Mein Bruder, mein Vater selbst gehören zu denen, die mich verachten, weil ich kein Bauer bin, weil ich arm bin, weil ich in ihren Augen nichts bin! Es ist schredlich, es empört mich!“
„Franz antwortete nicht darauf, und eine Zeit lang schwiegen beide, dann setzte sich Stefan wieder auf den Stuhl neben Franz.
„Wir wollen beide ruhiger darüber sprechen,“ sagte er in dem tiefen, gelassenen Ton, der ihm gewöhnlich war. „Meine Arbeiten für den Professor werden in Kürze beendet sein, er selbst wird im Herbst Einbau verfallen, und eine wissenschaftliche Reise anzutreten; dann will ich auch nicht länger bleiben, ich werde tragen, daß ich bis dahin mein kleines Eigentum verkauft habe.“
„Die Wäfler?“
„Sämt den Grundstücken, die dazu gehören. Ich denke, acht bis neunhundert Gulden dafür zu bekommen, vielleicht mehr. Das wird ausreichen für unsere beiderseitige Zeit, da wir in Wien neben unseren Studien noch Zeit und Gelegenheit finden werden, uns etwas zu verdienen.“

„Und meine Mutter?“
„Die geht mit uns und sie wird uns die Wirtschaft führen.“ Er sprach nun weiter über ihre Einrichtungen, über ihre Studien, über ihre Ausflüge, er fand, daß ihre Wege fast gebetnet seien. „In einem oder zwei Jahren wirst Du vielleicht als Dichter schon etwas gelieft haben.“
„Lagte er zu Franz, „bei mir wird's länger dauern, bis ich's zu etwas gebracht habe, aber ich bin jung und bei so rastlosem Streben soll mir die Zeit nicht lang werden.“
„Franz horchte auf diese Worte voll Zuversicht, voll Hoffnungsfrühlichkeit; er sah in die lächelnden Augen seines Freundes; und auch in den seinen leuchtete es auf in froher Zustimmung; er sah sich mit hineingeriffen in diese hochstrebenden Pläne und Erwartungen, und auch er glaubte an ein Gelingen.
„Dieser Glaube an sich selbst, er ist ein Vorrecht kräftiger Jugend!“
„Sie sprachen noch, als die Wäflerene wieder eintrat; sie brachte eine Wiener Zeitung. „Ach Gott, ach Gott,“ sagte sie, „alles ist voll Angst und Schrecken; es soll doch wahr werden mit dem Krieg, und nächstens soll's schon losgehen.“
„Wo doch, wirklich!“ riefen die beiden.
„Alles spricht davon, da drin soll's stehen, in der Zeitung.“ Die beiden jungen Männer griffen hastig darnach. Die Vene hatte sie vom Schuster, der ein gewitzter Politiker war, geliehen bekommen, aber nur für kurze Zeit; sie sollte sie dem Franz geben, damit er sich alles genau durchlese, und er sollte dann dem Schuster auseinandersetzen, was diesem etwa unklar geblieben und worüber er in Wirklichkeit hätte freiten können. Es war die „Presse“ vom Freitag, dem achten Juni, welche Franz nun in der Hand hielt. Er las laut:
„Die Preußen haben die Eider überschritten und befinden

Seit alles geheißen sei, um den Beamten eine ausreichende Sonntagsgelohnung zu gewähren.

Hg. Schröder (freil.) regt die Frage der Tarifreform an, die von der Kommission für notwendig erachtet sei. Da für Bremen das Ergebnis der Wahlen eine solche Reform jetzt unmöglich mache, so werde vielleicht der Versuch in Gieß-Vottingen, wo die Gewerkschaften glücklicher gewesen, zu machen. Der Minister habe auch das für unmöglich erklärt und so hindere nun die Verwirklichung der preussischen Reform die ganze Reform.

Minister Thelen: Nicht nur die Finanzlage, sondern auch der Mangel eines Projektes hindere die Tarifreform; was für die Deutung des Verordnungsrechts habe gesehen können, sei auch ausgeführt. Durch eine Reform der Verordnungsrechte werde eine Überhebung der Höhe und damit bedeutende Nachteile verursacht.

Hg. Dr. Dingens (Centr.) drückt seine Freude aus über die Fortschritte der Verwaltung für vermehrte Sonntagsträger der Beamten. Hg. Jhr. v. Stumm (Reichsp.) in einer Zeit fortwährend steigender Ausgaben könne an eine Tarifreform nicht gedacht werden, die eine Verminderung der Gehaltsüberschüsse zur Folge habe. Wichtig sei die Reform der Altersrente und hier möge man jenseit gehen, wo der Dienstbesoldungsbetrag es gestillt habe.

Hg. Schröder (freil.). Den Vorkessungen auf Herabsetzung der Verordnungsrechte werde man sich schließlich nicht mehr widersetzen können. Hg. v. Schallin (Centr.) glaubt, daß leicht in den Altersrenten Reformen geschaffen werden können, indem man den Verordnungsrenten, bei deren Ermäßigung die Sondersregelung und die Auswanderung der Bevölkerung nur zuzunehmen werde.

Hg. Dr. Krause (freil.). Es sei ein Mißstand, daß in Deutschland mehrere Verordnungsrechte beständen, wie in dem benachbarten Österreich. Man müsse die Gehaltsänderung als Hauptvermögensobjekt des Beamten betrachten, damit die Beförderung auf andere Gebieten ermöglicht werden könne.

Minister Thelen erklärt, daß er kein Gegner der Tarifreform sei; dieselbe sei nötig nach der Richtung einfacher und übersichtlicher Formen und möglichst billiger Höhe.

Der Titel wird demittigt.
Beim Titel: Generaldirektion und höhere technische Beamte bringt

Hg. Singer (og.) die Ausbildung von Sozialdemokraten aus den Werksstätten der Reichs-Eisenbahnverwaltung zur Sprache. Die letztere entlasse alle Arbeiter, die sich nicht zu willkürlichen Subjekten bereiteten ließen. Dadurch würden die Arbeiter zu Feinden, die Minister Thelen erklärt, daß 5 Arbeiter entlassen seien, darunter 2 wegen dringenden Bedarfs der Unverletzlichkeit und 2 wegen Teilnahme an agitatorischen Bestrebungen gegen die bestehende Verordnungsordnung. Was das gehehe, sei gleichgültig, solche Leute gehören nicht in die Staatsbetriebe (H. Hebel: Das sind andere Fälle.). Wenn man nicht will, werden sie nicht, aber man kann ihnen eine Ermöglichung einer Unterweisung.

Hierauf wird die Beratung vertagt.
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Anträge betr. Entschädigung unzulässig Beruhter u. a.

Der von dem Centrum gestellte Antrag auf Rückberufung der 3 ersten wurde vom Hg. Grafen Ballestrem zurückgezogen.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Uebersicht.

August Bebel's 25 jähriges parlamentarisches Jubiläum. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages veranlaßt am 22. Februar in Berlin eine kleine Feier zu Bebel's 25 jähriger Thätigkeit im Parlament. Am 12. Febr. 1867 wurde Bebel im 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Kreuznahe, in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt. Diese Körperschaft wurde am 24. Februar 1867 vom König von Preußen eröffnet und nach Erledigung ihrer Arbeiten am 17. April bereits wieder geschlossen. Am 31. August desselben Jahres fanden die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag statt und mit dieser Wahl begann auch Bebel's Reichstagsparlamentarische Thätigkeit. Am 10. September wurde der erste (und einzige) ordentliche Norddeutsche Reichstag eröffnet, der durch die Ereignisse von 1870—71 dem deutschen Reichstag, der am 3. März 1871 aus den allgemeinen Wahlen hervorging und am 21. März desselben Monats eröffnet wurde, Platz machen mußte. Bebel und Bebel'sche gehören seit 1867 fast ununterbrochen dem parlamentarischen Leben an und können mit Stolz auf diese ihre Thätigkeit zurückblicken. Diese Zeit ist für diese beiden unermüdbaren Vorkämpfer der Arbeiter eine Zeit schwerer Kämpfe und Leiden, aber auch großartiger Erfolge gewesen. Wegen sich die Arbeiter an diesen ihren Führern ein Beispiel nehmen und ebenso unermüdblich und opfermütig für die Befreiung des Proletariats eintreten.

Ein Bistul mit dem Jaanaphal. Das nationalliberale „Zeitspiegel“ gibt am Schluß einer Notiz, welche sich darüber äußert, daß die Sozialdemokraten schon allwärts

sich bereits in Hofstein. General Gablentz hat sich unter Protesterhebung nach Altona zurückgezogen. Da es nunmehr zur Unmöglichkeit geworden ist, daß sich die Städte am Montag in Zehede ver sammeln, soll die Aufforderung an sie ergehen, sich in Frankfurt zu ver sammeln. Daß der Bundesfreiendruck und der Kriegsalter infolge des Einrückens der Preußen in Hofstein bereits vorhanden, ist klar, da Preußen ein Territorium gewaltsam okkupiert, auf welches ihm keine faktischen Hoheitsrechte zustehen. Ob Oesterreich darauf irgend mit einer Offenbarung seiner Rordarmee antworten wird, ist ungewiß. Vielleicht wird man die heutige Bundesbesetzung abwarten. Offenbar ist, daß von Seite Oesterreichs bald etwas geheißen muß, damit nicht das Juridisch-rechtliche Oesterreich in Hofstein eine deprimierende Deutung erlange. So viel ist gewiß, daß der nächste Kanonenschuß demnach fallen wird.

„Man, da haben wir's!“ rief die alte Frau, die nur das Letzte verstanden hatte. Der Krieg ist vor der Thür, daß Gott erbarm, da wird wieder einrückend müssen, was Füsse hat, unter gnädiger Kaiser ist auch ein harter Herr. Gott behüt' ihn.“

„Es ist klar, daß Preußen die Schuld hat, es zwingt Oesterreich zum Kriege,“ sagte Franz erregt.

„Das besaupt natürlich die österreichische Regierung,“ erwiderte Stefan, der über des Fremdes Schultern ebenfalls in die Zeitung blickte. „Preußen beschuldigt innerseits wieder Oesterreich. Da, lies das Telegramm aus Berlin, hier weiter unten.“

Franz kam der Aufforderung nach und las: „König Wilhelm hielt am letzten Sonntag eine Ansprache an die Offiziere des Generalstabes. Die Hoffnung, die er auf Erhaltung des Friedens noch gehabt, sei leider geschwunden. Oesterreich wolle Schließen und Schließen, die Provinz Sachsen, von preussischen Staaten losreißen, und es bliebe keine Wahl übrig, als diese Absicht zu vernichten oder ebensovoll unterzugehen.“ (Fortsetzung folgt.)

mit den Vorbereitungen zu der Kaiserfeier beschäftigt sind, nach den Worten:

„Kann die so geplante Kaiserfeier Bedenkslichkeiten irgend welcher Art nicht hervorrufen, so ist doch der Umstand sehr in Erwägung zu ziehen, daß, weil zum erstenmale die Kaiserfeier auf einen Sonntag fällt, ganz ungeachtet Massen in Bewegung sind, die nach reichlich genossenem Spirituosen und noch dem Anhören aufreißender Feste sehr leicht zu Exzessen übergehen können.“

folgende garte Anordnung:
„Ob weitergehende Anordnungen der Regierung notwendig sind, wird sich je zur Zeit zeigen; es ist bekannt, daß die französische Regierung schon von verschiedenen Seiten angegangen ist, der diesjähigen Kaiserfeier eine ganz erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, zumal da auch durch die am 1. Mai in Frankreich stattfindenden Wahlen die Arbeiterbevölkerung sich in hochgradiger Erregtheit befinden dürfte.“

Wäre es denn nicht viel besser, wenn man die ganze Kaiserfeier verböte? Ja, wenn das nur ginge! Uebrigens ist der Umstand, daß der erste Mai zum erstenmal auf einen Sonntag, gar kein Grund zu irgend welchen Beschränkungen, denn im letzten Jahre war die Kaiserfeier fast durchweg auf den folgenden Sonntag verlegt worden, ohne daß irgend wo Ausschreitungen zu verzeichnen gewesen wären. Wenn nur die Angst vor der Sozialdemokratie nicht wäre!

Gegen den zwangsweisen Religionsunterricht der Kinder von Dissidenten spricht sich die katholisch-konservative „Kölnische Volkszeitung“ wie folgt an:

„Der moderne Staat, zu dessen Einrichtungen die Zivilrechte gehört, dessen Angehörige jederzeit sich für konfessionslos erklären können und ihre Kinder nicht taufen zu lassen brauchen, mitbin das gesetzliche Recht auf Konfessionslosigkeit besitzen, erhebt hier den Anspruch, Religionsunterricht an die Kinder konfessionsloser Eltern zu erteilen, bezw. in seinem Namen und Auftrag erteilen zu lassen. Dieser Anspruch wird zwar in guter Absicht und lediglich den Angehörigen der nicht anerkannten Religionsgemeinschaften gegenüber erhoben. Gleichwohl steht dieser Anspruch mit den Fundamentalphinzipien des modernen Staates in größtem Widerspruch. Ohne Zweifel hat ja der Entwurf wesentlich die Kinder der Eltern im Auge, welche in geistlicher Form aus den anerkannten Religionsgemeinschaften ausgegliedert sind, als konfessions- und religionslos sich selbst bezeichnen, von irgend welchem Religionsunterricht für ihre Kinder dabei nichts wissen wollen und dieselben als Neubeiden aufwachsen lassen. So beklagenswert und zwar auch vom staatlichen Gesichtspunkt, die Entscheidung ist, daß diese Religionslosigkeit in den der Sozialdemokratie verfallenen und weiter verfallenden Volksschichten stetig um sich greift, so bietet gerade der moderne Staat dem Sozialdemokraten für seine Konfessions- bezw. Religionslosigkeit gleiches Schicksal. Wie könnte daher der moderne Staat die Eltern hindern, ihr Kind in den gleichen Grundtagen zu erziehen, bezw. erziehen zu lassen, welche ihnen selbst anzunehmen und zu befolgen sich anstandslos gewöhrt haben? Es würde aber auch praktisch auf diesem Wege nichts erreicht werden. Der Aktion der Schule würde die Aktion des Elternhauses entgegenstehen und letztere zweifellos als die wirksamere sich erweisen. Das ist ein Erfahrungssatz, der sich oft bestätigt hat. Wer glaubt, im Gegensatz auf Familie das Kind durch den Religionsunterricht in der Schule für das Christentum gewinnen zu können, der giebt sich einer Täuschung hin. Wenn das Elternhaus lediglich gleichgültig sich verhält, ja, der im Elternhaus vorhandenen Bewußtsein und verlassenen Abneigung allem Religiosen gegenüber ist die Schule ohnmächtig.“

In der Bochumer Stempelfällungs-Affaire schließt die „Westfälische Volkszeitung“ ihre jüngste Artikelserie mit folgender Erwägung: „Die Mißthat Baars an den Urkundenfälschungen und Betrügereien, wie dieselben seit mindestens 16 Jahren auf dem „Bochumer Berzin“ betrieben worden sind, ist nach unserer Kenntnis des einschlägigen Materials zu zweifellos, die Verletzung desselben in den Anlagezustand daher ein Verbrechen der Gerechtigkeit. Hier dürfen keine anderen Rücksichten aufschlagend sein. Die hohe und einflussreiche Stellung, welche der Mann hier innehat, hat auf kein Grund sein, ihn über das Gesetz zu stellen. Er hat mit gesündigt, er muß daher auch mit bestraft werden. Fiat justitia, pereat mundus!“

Das Organ des Geheimen Kommerzienrats Baare, das „Bochumer Tageblatt“, tritt — wie uns aus Bochum telegraphiert wird — den Ausführungen der „Westf. Volksztg.“ in der Baare'schen Angelegenheit entgegen und verurteilt das Vorgehen Fußangels, weil er sein Wort, zu schweigen, bis in der Sache eine gerichtliche Entscheidung getroffen sei, nicht gehalten habe.

Das Baare'sche Organ thäte besser, einen Versuch zur sachlichen Widerlegung Fußangels zu machen.

Nach dem preussischen Vereinsgesetz sind die **Vorsteher von Vereinen**, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bewirken, verpflichtet, jede „Aenderung der Statuten und der Vereinsmitglieder“ binnen drei Tagen, nachdem sie eingetretet ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnis einzureichen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde gegen den Vorstand einer Zahlstelle des rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Vereins Anklage erhoben, weil der Vorstand, nachdem der Bergarbeiter-Verein und damit auch die Zahlstelle am 1. Januar d. J. in den deutschen Bergarbeiterbund aufgegangen waren, von der Auflösung des Vereins, d. h. der Zahlstelle, keine Anzeige gemacht hätte. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei, weil die Auflösung eines Vereins keine Aenderung der Statuten darstelle, und auch die Strafammer, vor welche die Staatsanwaltschaft die Sache noch brachte, entschied in diesem Sinne, indem sie noch hinzufügte, daß nicht erforderlich sei, wenn überhaupt nach der Auflösung eines Vereins die Anmeldung erfolgen solle, da ja ein Vorstand gar nicht mehr vorhanden sei.

Ein Zeichen der Zeit. Mit der Proletarisierung einer Gesellschaftsrichtung steigt durchweg auch ihre Kriminalitäts-

ziffer, d. h. der Prozentsatz, den sie zur Gesamtheit der Verbrecher stellt. Daß die Proletarisierung der Handlungsgehilfen im eigenen Bereich, beweist folgende Tatsache:

Die Großherzogliche Gefängnisverwaltung in Darmstadt hat seit kurzen eine berartige große Anzahl von Handlungsgehilfen in Verwahrung, daß sie u. a. an Frankfurter Firmen folgendes Zirkular richtete: „Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß sich gegenwärtig eine große Zahl von Handlungsgehilfen in unserer Anstalt befindet, die wir, da unsere eigenen Betriebsarbeiten hierzu nicht ausreichen, nur unvollständig beschäftigen können, zumal diese Leute sich durchaus nicht zu anderen Arbeitsbetrieben eignen. Es wäre uns daher sehr erwünscht, wenn uns von Geschäftsfreunden schriftliche Arbeiten, wie das Schreiben von Adressen und dergleichen übertragen würde.“ (Folgt ein Tarif für solche Schreibarbeiten, dessen Satz 20 bis 30 Proz. unter benannten stehen, welche sonst für Schreibarbeiten bezahlt werden.)

Die „Kaufmännische Presse“ in Frankfurt a. M. wendet sich mit Recht dagegen, daß auf solche Weise vom Staate menschliche Arbeitskraft zu niedrigen Preisen geliebt werde. Das ist aber nur die eine Seite der Sache. Kaum proletarisch müssen auf der anderen Seite die materiellen Verhältnisse der deutschen Handlungsgehilfen sein, wenn dieselben in der jetzigen Krisenzeit solche Scharen in die Gefängnisse eines einzelnen Landes liefern. Und die Demotierung der heffischen Gefängnisverwaltung auf der mangelhafte Eignung der jungen Kaufleute zu anderweitigen Arbeiten kann doch nur darin gebadet werden, daß die Leute auch fürderlich schon so verelendet sind, wie einzelne Kategorien industrieller Arbeiter.

Grober Unfug? In der öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung des 5. Berliner Reichstagswahlkreises, die gestern in Saale der Brauerer Königsplatz abgehalten wurde, erfolgte die Einbringung einer Resolution, in welcher die Besammlung verpflichtet werden sollte, aus der Landeskirche auszugehen. Nachdem der Vorsitzende die Resolution zur Beratung gebracht hatte, erklärte der übernehmende Polizeileutnant, daß jede öffentliche Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche als grober Unfug bestraft beziehungsweise gegen den Aufforderer wegen dieses Vorgehens Anklage erhoben werden würde. Diese Erklärung erregte große Sensation. Stadtverordneter Bogner, der über den Volkskongressenrat diskutiert hatte, hielt eine berartige Anklage bezw. Bestrafung wegen groben Unfugs für gänzlich ausgeschlossen, da der Austritt aus der Landeskirche ein gesetzlich gewährleistetes Recht sei und demnach eine Aufforderung, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, nicht strafbar sein könne. Im übrigen hielt er aber berartige Aufforderungen bezw. Resolutionen für zwecklos, da dieselben zum größten Teile doch nicht befolgt werden und sofern sich der Austritt aus der Landeskirche nicht mit der inneren Ueberzeugung des einzelnen decke. Der betreffende Passus wurde dann daraufhin aus der gedachten Resolution gestrichen und den Versammelten nur die Verpflichtung auferlegt, die Religion in Wort und Schrift zu bekämpfen, da sie es mit ihrem Prinzip nicht für vereinbar halten, einer Kirche anzugehören, deren inneres Wesen die Reaktion in ihrer schlimmsten Gestalt ist.“ Diese Resolution wurde angenommen. Ein Redner, welcher trotz der amtlichen Verwarnung zum Austritt aus der Landeskirche aufzuforderte, wurde ganz besonders polizeilich notiert. — Was man nicht anders lassen kann, sieht man als großen Unfug an!

Professor Combert in Breslau hielt in der Session für Staats- und Rechtswissenschaft der silesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur einen Vortrag, in welchem er sich auch mit der Sozialdemokratie beschäftigte. Nach Zeitungsberichten führte er dabei u. a. folgendes an: „Es sei an der Zeit, die lächerliche Don Quixoterie aufzugeben, gegen Dinge zu Felde zu ziehen, von denen die Sozialdemokratie gar nichts sagt. Diskussionen über die Befreiung des Zukunftsstaates seien gänzlich gegenstandslos, da die Sozialdemokratie auf eine mit Notwendigkeit sich vollziehende Entwicklung hinweist. — Don Quixote Eugen Richter zur Verächtlichkeit empfohlen!“

Maschinenarbeitskraft ist Arbeiterelend. Das „Thurgauer Tagblatt“ schreibt:

„Die von den Gebrüder Sauer in Arbon erfundene Dampfmaschinen findet überall, auch im Ausland, namentlich in Amerika große Beachtung. Zwei solche von einem automatischen Pantographen bediente Maschinen sollen nämlich per Tag 12 000—15 000 Stiche machen, während die bisherige Leistung zweier gewöhnlichen Maschinen höchstens 5500 Stiche betrug. Eine solche Arboner Dampfmaschine kostet 5000—7000 Frs. Der amerikanische Konul in St. Gallen, welcher der Unionsregierung darüber Bericht erstattet, empfiehlt ihr, den gegenwärtigen Zoll auf Stidereien, 60 Proz. des Wertes, für die nächsten zehn Jahre aufrecht zu erhalten. Nach dieser Zeit dürfte dann ein großer Teil des schweizerischen Stiderei-Geschäfts nach Amerika verplant sein.“ Zwei Dampfmaschinen, welche vielleicht ein Mädchen zur Bedienung brauchen, liefern also je viel Arbeit, wie sechs bisherige Stidmaschinen mit sechs Stidern. Nehmen wir auch an, es werde zur Bedienung zweier Dampfmaschinen ein Stidern noch Verwendung finden, so machen zwei solcher Dampfmaschinen fünf Stidern von sechsen überflüssig. So raubt die Maschine heute dem Arbeiter das Brot, statt daß sie ihm Nüch und Keller füllt und ihn zum freien Mann macht, wie Aristoteles es voraussehe. Freilich, Aristoteles dachte nicht daran, daß die Maschinen so dumme sein könnten, trotz solcher arbeitparenden Maschinen noch 6 Stunden für einen Hungerlohn im Dienste einzelner zu arbeiten. Wann werden die Arbeiter endlich ablehnen, daß Maschinen-Fortschritt und Privatgenuß an den Produktionsmitteln unvereinbar ist mit der Wohlfahrt der Allgemeinheit?

Die Arbeitslosigkeit ist überall gleich groß. Aus dem Auslande berichten die Telegraphen-Büreaus zu diesem Kapitel: Prag, 10. Februar. Vierhundert beschäftigungslose Arbeiter verlangen gestern vor dem Kaiserpalast stürmisch Arbeit und Brot. Eine vom Bürgermeister empfangene Deputation

